

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 40 (1946)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : wir hoffen! ; Weltabrüstung ; Rüstung und Kriegsgefahr ; Wirtschaftliche Anarchie ; Amerika, wohin? ; Neger und Demokratie ; Englische Entwicklungen ; Frankreichs Dilemma ; Deutsche Revanche ; Neue Deutschlandpolitik?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138859>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gibt er damit der grenzenlos oberflächlichen Auffassung recht, daß die militärische Nichtbereitschaft Englands mitschuldig war am Ausbruch der Katastrophe. Wir möchten dem gegenüber die paradox scheinende These vertreten, daß das Geheimnis der Widerstandskraft Englands, auch seiner militärischen Widerstandskraft, auf seinem Pazifismus beruhte. Um dieses Pazifismus willen hatte England ein gutes Gewissen. Es hatte viele Fehler gemacht, sogar schwere Sünden begangen, aber es hatte nie den Krieg verherrlicht. Und diese geistigen Faktoren waren ausschlaggebend. Die deutsche Dämonie, die den zweiten Weltkrieg auslöste, wäre durch englische Kriegsschiffe und eine noch so große englische Luftwaffe nicht zu bannen gewesen, sie wäre dadurch nur noch sicherer aufgestachelt und moralisch gerechtfertigt worden. England aber wäre dadurch in seinem Innersten geschwächt gewesen durch Untreue gegen das Beste seines Wesens.

Wir sind erstaunt darüber, daß ein Mann wie Foerster, der in der Pädagogik wie kein anderer die ausschlaggebende Wichtigkeit der geistigen Faktoren bei der Ueberwindung des Bösen betonte, nun eine gewisse Neigung zeigt, einen Realismus zu vertreten, der die geistige und sittliche Ueberlegenheit nicht mehr mit dem gleichen Glauben in Rechnung stellt.

Paul Trautvetter.

Weltrundschau

Wir hoffen! Draußen vor New York auf Long Island, auf dem Gelände der Weltausstellung von 1939 — der Schreibende verbrachte dort heuer einen prachtvollen Sommerabend —, tagt jetzt die Generalversammlung der *Vereinten Nationen*. In der Riesenstadt drin, im luxuriösen Waldorf Astoria-Hotel, halten der Sicherheitsrat und die „Großen Vier“ ihre Sitzungen ab, teils mit Organisationsproblemen der UNO beschäftigt, teils damit, den sogenannten Friedensverträgen mit den Trabanten des Dritten Reiches den letzten Schliff zu geben und die Behandlung der deutschen Frage selbst vorzubereiten. Die Stimmung in den verschiedenen Abteilungen dieses weltpolitischen Clearinghauses ist bisher, um in der Börsensprache zu bleiben, ausgesprochen lustlos; kein Wunder, daß die Völker die Tätigkeit der hohen Diplomatie mit einer Mischung von Gleichgültigkeit, Unglauben und stillem Protest verfolgen — *wenn* sie sie überhaupt verfolgen und die Zeitungen nicht bloß in der Diagonale lesen oder den Radioknopf im „kritischen“ Augenblick umdrehen. Und doch muß dem Geiste lämmenden Pessimismus und ätzender Kritik, der sich insbesondere um die Vereinigten Nationen herum auszubreiten scheint, immer wieder nachdrücklich entgegengetreten werden. *Daraus* ist noch nie etwas Gutes gekommen, auch wenn die Negation zunächst scheinbar recht bekommen hat, und wir unsfeits ziehen es vor, anstatt das „zerstoßene

Rohr“ vollends zu zerbrechen und den „glimmenden Docht“ auszulöschchen, auch die scheinbar schwachen Ansätze zu einer Weltregierung und Völkerrechtsordnung, die in den Vereinten Nationen gegeben sind, im Geiste *aufbauender* Kritik erhalten und entfalten zu helfen. Ueber die unendliche Schwierigkeit dieser Aufgabe gibt sich gewiß niemand einer Täuschung hin; aber welche Hoffnung auf Vermeidung eines dritten Weltkrieges hätten wir — menschlich gesprochen — noch, wenn wir die einzige weltumfassende Organisation zur Lösung der internationalen Lebensfragen, die es heute gibt, moralisch auch noch sabotierten und unterhöhlten, in der törichten Meinung, wenn nur erst einmal die UNO zusammengeschlagen sei, werde die Bahn schon frei werden für eine wahre, ausgesprochen demokratisch-föderalistische Völkergemeinschaft. Die Bahn würde schon frei werden — aber sicher nicht für eine bessere Völkerrechtsordnung, sondern für die vollendete internationale Anarchie. Daran ist kaum ein Zweifel erlaubt.

Weltabrustung Es ist sicherlich wahr, daß die Vereinten Nationen durch die in ihrem Schoße wirkenden Macht- und Interessengegenfänge verhindert werden, das zu sein, was sie nach ihrer Satzung sein *sollten*. Aber ebenso richtig ist, daß die Gebrechen, an denen die Organisation der Vereinten Nationen leidet, durchaus nicht notwendigerweise ihre Weiterbildung zu einem Werkzeug der Friedenssicherung verhindern. Auch das immer wieder in den Vordergrund geschobene Vetorecht nicht, das jetzt auch in New York zur Debatte gestellt ist. Den *Mißbrauch* des Vetos, wie er namentlich von russischer Seite in untergeordneten Fragen geübt wurde, verteidigt wohl niemand; ihm den Riegel zu stoßen liegt im Interesse der Großmächte selber. Aber den rechten *Gebrauch* des Vetorechts zu dem Zweck, für den es geschaffen wurde, nämlich (mit Churchills Worten) „eine letzte Sicherung für eine Großmacht zu sein, daß sie in einer Frage, um die sie mit den Waffen zu kämpfen bereit wäre, nicht überstimmt werden kann“, diesen rechten Gebrauch des Vetos hebt auch sein bedauerlicher Mißbrauch nicht auf. Und alle Einwände gegen das Vetorecht vermögen nicht gegen die eine Tatsache aufzukommen, daß bei einer Abschaffung der Einstimmigkeitsvorschrift (soweit die Großmächte in Betracht fallen) die Vereinten Nationen unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar keine Mittel besäßen, um ihren Willen gegen eine widerstrebende, im Sicherheitsrat überstimmte Großmacht durchzusetzen. Jeder Versuch, einen solchen Staat zur Unterwerfung unter einen Mehrheitsbeschuß zu zwingen, müßte die Vereinten Nationen sofort sprengen und könnte sogar zum Krieg führen. Die Wirksamkeit der Vereinten Nationen beruht auf der *freiwilligen* Annahme aller Beschlüsse, besonders der „lebenswichtigen“, durch ihre Mitglieder, die eben nicht bereits Genossen einer ausgebauten, mit überlegener Zwangsgewalt ausgestatteten Rechtsordnung sind, sondern Teilhaber einer Mächtekooali-

tion, die erst dann auf ihre nationale Souveränität verzichten werden, wenn sie sich vor einer Mehrheitsdiktatur innerhalb der UNO sicher fühlen können. Dieser Zustand ist wenig erfreulich, aber die Augen davor verschließen zu wollen, daß eine Mächtegruppe durch eine ihr an Stimmenzahl in den Organen der Vereinten Nationen überlegene Gegengruppe in wichtigen Fragen überstimmt werden könnte und so gezwungen würde, eine Weltordnung anzunehmen, die keineswegs von unparteiischen Rechtsgedanken inspiriert, sondern von sehr egoistischen Macht- und Besitzinteressen diktiert wäre — das übersehen zu wollen, wäre höchst unrealistisch und der Sache des Friedens schädlich. Finden wir uns lieber mit diesem Zustand als einer wohl unvermeidlichen Etappe auf dem Wege von der anarchischen Machtpolitik zur reinen Rechtsordnung ab und arbeiten wir daran, daß alle Mitglieder der Vereinten Nationen die Ueberzeugung bekommen, sie seien vor einer Vergewaltigung ihrer Lebensrechte durch eine bestimmte Mächtegruppe unbedingt sicher und seien für die Gewährleistung ihres Lebensrechtes auf die vorbehaltlose Einfügung in eine mit überlegenen Machtmitteln versehene Völkerrechtsgemeinschaft geradezu angewiesen.

Ein Mittel dazu ist die freiwillige militärische *Abgüstung* sämtlicher Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Ich habe in der letzten Welt-rundschau den Vorschlag erwähnt, die britische Regierung solle den Organen der Vereinten Nationen eine massive Rüstungsbeschränkung beantragen. Ein solcher Antrag ist inzwischen tatsächlich eingereicht worden, wenn auch nicht von England, sondern von *Rußland*, verbunden mit dem Begehr, „die Gewinnung von Atomkraft für militärische Zwecke zu verbieten“, womit also die Diskussion um den „Baruch-Plan“ auf neuer Grundlage in Gang kommen wird, sofern die anderen Mächte überhaupt auf den Antrag eintreten wollen und er nicht einfach als „russisches Manöver“ abgetan oder (mit der entsprechenden Verbeugung vor seinem „richtigen Kern“) irgendwie beiseitegeschoben wird.

Rüstung und Kriegsgefahr Natürlich werden sich die altbekannten Einwände gegen eine allgemeine Abgüstung auch gegen den neuen Vorschlag wieder erheben. Es wird wohl insbesondere wieder gesagt werden, die Kriegsrüstungen seien ja nur Ausdruck einer internationalen Anarchie, die aus *anderen* Quellen stamme, seien also nicht Ursache, sondern *Folge* des Mißtrauens und der Feindseligkeit zwischen den Völkern, denen man erst dann auf ihre militärischen Vorbereitungen zu verzichten zumuten könne, wenn die wahren Ursachen des internationalen Machtkampfes aus der Welt geschafft seien. Daran ist natürlich viel Richtiges, und wir haben immer stark betont, daß die in der kapitalistischen Organisation des *Wirtschaftslebens* tätigen Kräfte der zwischenstaatlichen Anarchie gebändigt werden müßten, wenn dauernder Frieden unter den Völkern geschaffen

werden folle. Allein neben dieses *sozialistische* Argument muß eben immer auch das klassische *pazifistische* Argument gestellt werden: daß die wirtschaftlichen und sozialen Kriegstendenzen erst wirksam werden, wenn zu ihnen Machtdrang, Gewaltglaube und Militarismus kommen, und daß die von diesen Kräften in ganz besonderem Maße geförderten militärischen Rüstungen selbst eine Kriegsursache ersten Ranges darstellen, daß also eine Verminderung der militärischen Rüstungen schon an und für sich auch die Kriegsgefahr vermindern wird. Kurz, der Pazifist ist überzeugt, daß Rüstungen nicht den Krieg abwehren, sondern ihn herbeiführen helfen, wenn im übrigen die Bedingungen dafür günstig sind.

In der Tat, solange der Nachbar — und in einer sehr klein gewordenen Welt sind *alle* Völker, besonders die großen, Nachbarn — rüstet und rüstet, modernste und allermodernste Waffen bereitstellt, strategisch wichtige Punkte und Gebiete besetzt oder begehrt, solange *kann* sich eine Nation nicht sicher fühlen, mag nun der andere seine militärischen Maßnahmen begründen wie er will. Die Affäre der 200 kriegsstarken russischen Divisionen, die nach Churchill außerhalb der Sowjetunion zum Einsatz gegen die Westmächte bereitstehen sollen — nach Stalin sind es nur 60 meistens nicht kriegsfähige Divisionen —, und auf der anderen Seite die Herstellung und Verwendung von Atombomben durch Amerika sowie die Drohung mit ihrem Einsatz gegen Rußland sind sprechende Beispiele für die vergiftende Wirkung, die die Kriegsrüstungen aufs neue wieder im Völkerleben ausüben. Und es ist unmöglich, die Ueberzeugung loszuwerden, daß ein Abkommen über die Beschränkung der militärischen Rüstungen aller Art, so schwierig es zu formulieren und durchzuführen sein mag¹⁾, entscheidend dazu beitragen müßte, die Kriegsfurcht zu vermindern, die jetzt so offenkundig hinter aller Weltpolitik steht, und die hängigen internationalen Fragen, die durch das Denken in strategischen Begriffen so heillos verwirrt werden, lösbar zu machen. Mochte es auch zutreffen, daß, nachdem einmal die Umwelt Hitler hatte groß werden lassen, der deutsche Kriegswille nur durch eine ihm entschlossen entgegengesetzte überlegene Militärmacht hätte eingeschüchtert und gebrochen werden können, so berechtigt nichts zu der Annahme, daß eine der beiden heute rivalisierenden Mächtegruppen insgeheim einen Angriffskrieg plane und darum, wenn überhaupt, so nur durch Bedrohung oder gar durch einen Präventivkrieg unschädlich gemacht werden könne. Es ist im tiefsten *grundlose Furcht*, was beide Gruppen beherrscht und gewisse Kreise innerhalb der vorerst stärkeren Mächtegruppe mit dem Gedanken eines Präventivkrieges spie-

¹⁾ Die Kriegsrüstungen der einzelnen Länder sind nicht ganz einfach miteinander zu vergleichen. Immerhin mag es uns etwas sagen, daß die Militärausgaben in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 33 Prozent der staatlichen Gesamtausgaben betragen, in Großbritannien 30 Prozent, in der Sowjetunion 24 Prozent. In der Schweiz sind es rund 50 Prozent.

len lässt, Furcht, die am sichersten gemildert werden könnte, wenn *beide* Gruppen sich durch Abrüstung in ihrer Fähigkeit, Krieg zu führen, selber schwächten und damit ihren Friedenswillen bewiesen. Der russische Vorstoß für allgemeine Rüstungsbefchränkung muß deshalb aufs wärmste begrüßt werden, und daß sowohl Amerika als England ihn unterstützen zu wollen erklärt haben, ist doch wohl mehr als Lippendienst und diplomatische Taktik.

Wirtschaftliche Anarchie Weniger erfreulich steht es mit dem Kampf gegen den Krieg von der wirtschaftlichen Seite her. Auch hier ist zwar, wie schon letzten Monat erwähnt, ein bedeutungsvoller Vorstoß gemacht worden: durch die Schaffung einer *Weltorganisation für Ernährung und Landwirtschaft*, die in allen Ländern den Lebensstand planmäßig erhöhen und zur Milderung jener heftigen Konjunkturschwankungen beitragen will, die in der Vergangenheit eine so verhängnisvolle Rolle beim Aufkommen faschistischer und kriegerischer Bewegungen gespielt haben. Wie wichtig die Tätigkeit einer solchen Organisation namentlich auch für den Kampf gegen Hunger und Wirtschaftszerrüttung wäre, der mit verstärkter Kraft geführt werden muß, soll nicht eine wahre Katastrophe über eine Reihe von Völkern hereinbrechen, das liegt klar auf der Hand²⁾. Aber auch darüber hinaus war die in Kopenhagen begründete Weltorganisation eine unserer großen Hoffnungen für eine internationale Zusammenarbeit auf dem so entscheidend wichtigen Gebiete der Wirtschaftsplanung. War, müssen wir nämlich sagen; denn diese Hoffnung scheint bereits wieder geknickt zu sein. Lassen wir, um nicht der Voreingenommenheit bezichtigt zu werden, ein englisches Blatt, den „New Statesman“, sprechen:

„Der Entschluß Amerikas, die Preiskontrolle für Nahrungsmittel aufzuheben und den Großeinkauf von Nahrungsmitteln durch die Regierung einzustellen, ist eine ebenso rücksichtslose und anarchische Handlungsweise wie die plötzliche Aufgabe der Leih- und Pachtlieferungen bei Kriegsende. Er ist ein tödlicher Schlag gegen die Hoffnungen auf einen geordneten Absatz des amerikanischen Lebensmittelüberschusses, auf den eine hungernde Welt angewiesen ist. Und dieser Entschluß fällt mit einer plötzlichen Umkehrung der amerikanischen Politik gegenüber dem Welternährungsamt zusammen... Auf *einen* Schlag ist diese Woche Sir John Orr's Plan für ein Welternährungsamt mit einem zynischen Verrat Amerikas an seinen eigenen Kopenhagener Verpflichtungen bedroht worden... In ihrem kopflösen Drang zurück zu einem rein egoistischen Kapitalismus haben die Vereinigten Staaten anscheinend beschlossen, dem ‚funktionellen‘ Internationalismus ebenso den Rücken zu kehren wie nach dem ersten Weltkriege dem politischen Völkerbund.“

²⁾ Der Direktor der UNRRA beurteilt die Lage der europäischen Wirtschaft eher düster. Am schlimmsten scheint es zur Zeit in Österreich, Italien und der britischen Zone in Deutschland zu stehen. In China sollen fünf Millionen Menschen langsam dem Hungertod entgegehen.

Die Haltung, die Amerika hier einnimmt, stimmt in der Tat mit der ganzen Richtung seiner internationalen Wirtschaftspolitik überein, wie sie beispielsweise auch in den Londoner Verhandlungen des vorbereitenden Ausschusses für die *Welthandelskonferenz* zum Ausdruck kommt. Die Produktionskraft der amerikanischen Industrie ist durch den Krieg derart phantastisch gesteigert worden¹⁾), daß der durch große Armut in den unteren Schichten des amerikanischen Volkes gelähmte Massenkonsum auf die Dauer, wenn einmal der gegenwärtige Warenhunger gestillt ist, bei weitem nicht nachkommen kann und der mit allen Mitteln forcierte Export, der auf etwa das Dreifache der Friedensausfuhr gesteigert werden soll, noch mehr als bisher zur kapitalistischen Lebensnotwendigkeit werden wird. Was dies, bei gleichzeitiger Erschwerung der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten durch erhöhte Zölle, für die Wirtschaft der übrigen Völker und für ein friedliches Völkerverhältnis bedeuten muß, ist leicht zu erkennen. Und ob es der britischen Regierung gelingen wird, durch einen „internationalen Beveridgeplan“, wie sie ihn der Welthandelskonferenz vorschlägt, eine gewisse Stetigkeit der Wirtschaftskonjunktur zu sichern und die anderen Völker vor den Wirkungen einer kommenden amerikanischen Wirtschaftskrise zu schützen, das steht bei der wirtschaftlichen Abhängigkeit Englands von Amerika und bei dem Zwang zur massiven Exportsteigerung, dem Großbritannien selber unterliegt, noch sehr dahin. Was sicher ist, das ist einzig, daß die Bemühungen, durch Rüstungsbefreiung die internationale Lage zu entspannen, nur einen ungenügenden Erfolg haben können, solange von der Wirtschaft her immer wieder neue Spannungskräfte in die Völkerbeziehungen hineingetragen werden.

Amerika, wohin? Die Gefahr ist um so größer, als der durchschlagende *Sieg der Republikaner* bei den amerikanischen Wahlen die Politik der USA. auf ihrem verhängnisvollen Weg erst recht weiterzutreiben geeignet ist. Dieser Sieg ist so groß, daß dadurch die Bildung einer fortschrittlichen Mehrheit aus den linken Flügeln beider amerikanischen Parteien nicht mehr in Frage zu kommen scheint. Die Demokraten sind nicht nur von den mehr konservativen Volksteilen, unter dem Einfluß der ganz überwiegend rechtsstehenden Presse, für alle Uebel verantwortlich gemacht worden, mit denen sie das Nachkriegsamerika behaftet sehen; sie sind offenkundig auch von den fortschrittlichen Kreisen und besonders von der organisierten Arbeiterschaft, die durch Trumans jammervolle Politik vor den Kopf gestoßen war, weithin im Stiche gelassen worden, so daß im Gegensatz zur letzten Wiederwahl Roosevelt, die nur durch den begeisterten Einsatz der Gewerkschaften beziehungsweise ihrer politischen Organi-

¹⁾ Sie ist nach dem neuen Handelsminister Harriman heute um 50 Prozent größer als diejenige aller übrigen Länder der Welt zusammen!

fation, des „Politischen Aktionsauschusses“, gesichert werden konnte, die Republikaner von vornherein gewonnene Sache hatten.

So stellt denn der republikanische Wahlsieg eine neue, wichtige Etappe im Siegeszug der amerikanischen Reaktion dar, von dem hier wiederholt die Rede war. Die Folgen werden nicht auf sich warten lassen. In der inneren Politik wird mit dem, was von Roosevelt's sozialpolitischer und planwirtschaftlicher Aera noch übriggeblieben ist, vollends ganz aufgeräumt werden. Sehr zu befürchten ist namentlich eine Wiederholung des im Sommer gescheiterten Angriffes auf die Koalitions- und Streikfreiheit der Arbeiter wie überhaupt auf das neue Gewerkschaftsrecht, das die Unternehmer als so unerträglichen Pfahl im Fleische empfinden. Die beschleunigte Rückkehr Amerikas zum hemmungslosen Kapitalismus wird die reaktionären Kräfte der ganzen Welt jedenfalls beträchtlich stärken — ein bedenklicher Rückschlag der sozialistischen Bewegung nach dem großen Wahlsieg der Labourpartei im letzten Jahre. Churchill hat jetzt wenigstens seine Revanche! In der äußeren Politik aber wird, ebenfalls auf Churchills Linie, der russenfeindliche Kurs, den die Ministerien des Äußen, des Krieges und der Marine steuern, womöglich noch verschärft werden. Der Wahlfeldzug wurde ja von den Republikanern großenteils mit der „roten Gefahr“ bestritten, die es gegen außen wie im Innern abzuwehren gelte¹⁾). Jeder einigermaßen fortschrittliche Kandidat wurde als kommunistenfreundlich verdächtigt (die Demokratin Martha Sharp in Massachusetts zum Beispiel deshalb, weil sie von der tschechoslowakischen Regierung eine Auszeichnung für humanitäre Arbeit angenommen hatte), und die Demokraten selbst ließen einige ihrer eigenen Kandidaten fallen, weil diese angeblich mit den Kommunisten sympathisierten. Das amerikanische Publikum hat sich eben — nicht erst seit Beginn des Wahlkampfes — in eine eigentliche Kommunisten- und Russenhysterie hineinsteigern lassen, aufgehetzt nicht zum mindesten auch durch gewisse Veröffentlichungen russischer Renegaten, die ihre Bekehrung zur Demokratie durch maßlos heftige Angriffe auf das Sowjetregime glaubhaft machen wollen. Und man kann es einem englischen Besucher der Vereinigten Staaten, der über seine Eindrücke im „New Statesman“ berichtet, schon nachfühlen, wenn er den gegenwärtigen Zustand Amerikas mit einer „Vorkriegsatmosphäre“ vergleicht, mit der „Atmosphäre von 1938, wo der Bürger seine unbeschädigten Städte und reichen Ernten nur melancholischen Blickes betrachten kann, während er dem beständigen Gerede von einem neuen Krieg zuhört“. Meine eigenen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten bestätigen diese Feststellung durchaus, und da gerade die nächsten paar

¹⁾ Die New Yorker „Nation“ schrieb schon im September, die republikanische Wahlpropaganda arbeite stark mit der Behauptung, „daß alle New Deal-Reformen sowie die Preiskontrolle und die Politik der Vollbeschäftigung auf kommunistische Einflüsse in der Demokratischen Partei zurückzuführen seien“.

Jahre im Kampf um den Weltfrieden entscheidend werden können, so kann man diese ganze seelisch-politische Lage in Amerika kaum ernst genug nehmen.

Vielleicht läßt sich aber jetzt die fortschrittliche *Linke* doch zu einer selbständigen Aktion aufrütteln. Bisher scheiterten ja alle Bemühungen um die Bildung einer dritten Partei an der Furcht, damit nur die Demokraten zu schwächen und den Republikanern in den Sattel zu helfen. Namentlich die erwähnte politische Organisation des Verbandes der Industrieorganisationen (C. I. O.), der radikaleren von den beiden Gewerkschaftszentralen, hat unter Hillman konsequent die Taktik verfolgt, auf die Entfachung einer eigenen politischen Arbeiterbewegung zu verzichten und dafür die linksgerichteten Kandidaten der beiden historischen Parteien zu unterstützen. Nun aber, da trotzdem — oder teilweise gerade deswegen — die offene Reaktion triumphiert: Was soll jetzt geschehen? Wird nun der Kampf um die „Liberalisierung“ der Demokratischen Partei, von dem besonders auch Wallace soviel erhoffte, in verstärktem Maße weitergeführt werden? Kann dieser Kampf bei der soliden Verschanzung der Rechtsdemokraten im noch halbfeudalen Süden überhaupt Erfolg haben? Oder wird sich nicht doch die Bildung einer neuen, unbelasteten Partei aufdrängen, die zwar noch keineswegs sozialistisch wäre, aber doch alle fortschrittlich-demokratischen Kräfte des Landes vereinigen würde und alle Aussicht hätte, die Herrschaft der „60 Familien“ zu brechen? Vielleicht, daß erst die drüben von jedermann erwartete neue große Wirtschaftskrise den letzten Anstoß zu einer solchen parteipolitischen Umgruppierung geben wird; nur ist dann zu befürchten, die jetzt am Werk befindlichen unheilvollen Kräfte werden bis dahin in der inneren wie namentlich auch in der äußeren Politik derartige Verwüstungen angerichtet haben, daß sie viel schwerer gutgemacht werden können, als wenn die Linke den ja doch unvermeidlichen Schritt zur politischen Verselbständigung jetzt täte.

Neger und Demokratie Wie nötig die Vereinigten Staaten einen Durchbruch zu echter Demokratie hätten, vermag kaum etwas so deutlich zu zeigen wie die soziale Gedrücktheit und politische Entrechtung, der ihre große Negerbevölkerung — 10 Prozent des Gesamtvolkes — ausgesetzt ist. Die eine Tatsache, daß im Staate Virginia, der unmittelbar an die Bundeshauptstadt Washington grenzt, nach einer neueren Erhebung von 367 000 Negern im stimmfähigen Alter teils aus Armut, teils unter weißem Terror nur 9 Prozent die Stimmrechtstaxe bezahlten, die zum Urnengang berechtigt, spricht Bände. Der Schwarze ist wirklich der Paria der amerikanischen Klassengesellschaft — denn die Negerfrage ist viel mehr eine Klassen- denn eine Rassenfrage —, und mit welchen Gefühlen zahllose schwarze Amerikaner die demokratischen Lippenbekenntnisse der weißen Poli-

tiker aufnehmen, mag ein Offener Brief lehren, den einer ihrer Führer, Walter White, kürzlich in der "Herald Tribune" von New York (27. Oktober) an Außenminister Byrnes gerichtet hat.

Byrnes hat nämlich unlängst in einer Rede behauptet: „Wir verteidigen die Freiheit überall. Wir in Amerika wissen, daß Menschen vieler verschiedener Rassen und Herkunft in den Vereinigten Staaten im Frieden zusammenleben können. Sie sollten auch in Europa im Frieden zusammenleben können.“ White meint dazu: „Haben Sie für Europa nicht mehr Hoffnungen als diese, Herr Minister, wenn Sie auf den sogenannten Frieden Bezug nehmen, der in Ihrem eigenen Staate Südkarolina unter den Rassen herrscht, dann in der Tat verzweifle ich an der Möglichkeit des Friedens.“ Er erwähnte dann den Fall eines Negers in Essex (New Jersey), der von dem Sheriff Ben T. Gregory durch Einspannen in den „Oregon-Stiefel“ gefoltert wurde, und den Fall des Polizeichefs in Batesburg (Südkarolina), der sich rühmte, den Neger Isaac Woodard geblendet zu haben, indem er ihm die Augen ausmeißelte, drei Stunden nachdem Woodard, der im Pazifik gekämpft hatte, mit allen Ehren aus der Armee entlassen worden war. „Ich habe nichts davon gehört“, so bemerkt White, „daß diesem Polizeichef auch nur ein Haar gekrümmmt worden wäre, oder daß er sogar nur eine offizielle Rüge erhalten hätte.“ Der Briefschreiber erinnert ferner daran, daß nach wie vor Neger in gesetzwidriger Weise vom Stimmrecht ausgeschlossen werden, und fährt dann fort:

„Sie haben, Herr Minister, kompromißlos und dreist für echt demokratische Wahlen in Bulgarien und Triest gekämpft. Haben Sie für Südkarolina dasfelbe verlangt? Wenn Sie es nicht getan haben, werden Sie es nunmehr tun? Wenn Sie es tun, dann werden die Gesichter des Herrn Molotow und anderer Delegierter zur Friedenskonferenz ein weniger zynisches Lächeln zeigen, wenn Sie wieder einmal sagen: „Wir verteidigen die Freiheit überall“ — außer in Südkarolina.“ Marschall Smuts, dessen „liberale“ Reden im Ausland angefischt der an Faschismus grenzenden, von Rassenhochmut strotzenden Innenpolitik seines Landes niemand mehr ernst nehmen kann, hat in Mr. Byrnes wirklich einen ebenbürtigen Kollegen!

Englische Entwicklungen Eine Stärkung ist einem immer wieder England und sein unbeirrter Fortschritt auf dem Wege zur sozialen Demokratie. Die *Wahlen*, die kürzlich in den Städten des Königreichs, außer London, für einen Teil der Gemeindevertretungen vorgenommen wurden, zeigen die Stellung der Labourpartei unerschüttert, ja gefestigt und untermauern die planmäßige Sozialisierungs- und Reformpolitik der Regierung in willkommener Weise. Diese Politik stößt zwar andauernd auf die Schwierigkeit, daß sich der Arbeitsgeist des Großteils der Arbeiter noch zu

wenig von den aus der kapitalistischen Wirtschaft übernommenen Gewohnheiten befreit hat — ein Problem, das sich beim Uebergang zur Gemeinwirtschaft in *allen* Ländern stellt —, und daß auch aus anderen Gründen die Arbeitsleistung nicht denjenigen Ertrag liefert, den die britische Wirtschaft heute fordern muß, wenn sie im kapitalistischen Konkurrenzkampf bestehen soll. Doch wird gerade jetzt eine neue Anstrengung gemacht, um durch diesen Engpaß durchzukommen, in Zusammenarbeit zwischen Regierung, Labourpartei und Gewerkschaften. Inzwischen geht die Ueberleitung wichtiger Wirtschaftszweige in Gemeinbesitz oder doch in öffentliche Kontrolle folgerichtig weiter, und gleichzeitig sollen auch — ein besonders begrüßenswerter Beschuß des Unterhauses — die Verhältnisse im *Pressewesen* gründlich durchleuchtet werden, hoffentlich als Vorbereitung für eine radikale Umgestaltung der Presse, die zu einem der wichtigsten Herrschaftsmittel der kapitalistischen Oberschicht geworden ist und ihre öffentliche, gemeinnützige Funktion nur dann wird ausüben können, wenn Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr als Erwerbsunternehmungen betrieben werden, vielmehr ausschließlich die Sprachrohre politischer, wirtschaftlicher, kultureller usw. Gruppierungen mit völlig klarem und sauberem finanziellem Hintergrunde sind.

Was in der Berichtszeit einen weniger erfreulichen Eindruck gemacht hat, das war die Wendung zu einem fachlich schwer erklärbaren verschärften *Antikommunismus*, die bei manchen Labourführern zu bemerken ist. Insbesondere der heftige Angriff Attlees auf die Sowjetunion am Gewerkschaftskongreß erscheint um so unmotivierter, als er sozusagen eine Antwort auf die versöhnlichen Aeußerungen darstellt, die Stalin nun wiederholt gegenüber den Westalliierten gemacht hat. Attlees wesentliche Behauptungen über die Sowjetunion sind übrigens von dem linksstehenden Labourabgeordneten Pritt auf Grund eines jüngsten Besuches in Rußland entschieden bestritten worden; Pritt hat in der Sowjetunion eine außergewöhnlich gute Kenntnis ausländischer Verhältnisse, einen starken Wunsch nach gegenseitigen Besuchsräisen und eine im ganzen fachliche, wenn auch natürlich die kommunistisch-russische Betrachtungsweise widerspiegelnde ausländische Berichterstattung und Kommentierung der internationalen Politik in der Sowjetpresse festgestellt. „In ihren (der Russen) Zeitungen“, so schreibt Pritt, „wird man nicht ein Prozent der Beschimpfungen und hetzerischen Gerüchte finden, die *unsere* Presse die ganze Zeit über Rußland drückt.“ Im bürgerlich-reaktionären Lager hat man anderseits große Freude an Attlees „mutigem“ Auftreten gehabt; auch *unsere* brave „Neue Zürcher Zeitung“ lobt den englischen Ministerpräsidenten höchlich, daß er den Gewerkschaftsdelegierten eine so „schmerzlich-wahre Rede“ gehalten und in die reine Musik ihrer Hoffnungen auf die Ueberwindung der „Reaktion“ und des „Kapitalismus“ (die Anführungszeichen stehen in der „NZZ.“) „die dunklen

Akkorde bitterer Gegenwartserkenntnisse“ gemischt habe. Attlee sei damit aus dem „Schlachtschiff der sozialen Revolution“ ausgestiegen und habe sich der „freiheitlichen Demokratie“ anvertraut; die alte Welt (des Kapitalismus) aber, „mit deren baldigem bevorstehenden Untergang sich die Sozialisten seit bald hundert Jahren intensiv beschäftigen“, habe offenbar noch starke Wurzeln, wenn sich im Kampf gegen den Kommunismus sogar sozialistische Minister und Parteien an sie klammerten.

Es sollte uns doch etwas sagen, wenn das führende Organ des kapitalistischen Bürgertums der Schweiz derartige Töne anzuschlagen für zeitgemäß erachtet und den Sozialisten rät, sie sollten „diejenigen *Abstriche an ihrem antikapitalistischen Schema* vornehmen“, ohne die sie den „vorbehaltlosen Anschluß (!) an die Güter der liberalen Demokratie“, welche die „Neue Zürcher Zeitung“ und ihre Klasse so unübertrefflich betreuen, nicht finden könnten. Und wenn daselbe Blatt über die „offenbare Not“ spöttelt, die den „unentwegt in den Glauben an eine neue Weltordnung verstrickten Marxisten“ die „konervative“ Außenpolitik der sozialistisch regierten Staaten Westeuropas bereite, so könnte auch das uns aufhorchen lassen. Denn diese „konervative“ Außenpolitik, namentlich Englands, ist ja freilich eine leidige Tatsache, und nur mit Unbehagen kann man lesen, was der „New Statesman“ im Anschluß an die *Reorganisation der britischen Regierung* bemerkt, die einem inneren Kabinettsrat von fünf Mitgliedern die entscheidende Macht in die Hand gibt:

„Was auch immer ihr innerpolitisches Programm sein mag — in auswärtigen Angelegenheiten werden die Großen Fünf *entschlossene Churchillianer* bleiben. Mit oder ohne Vorrat von Atombomben in Neu-Schottland werden sie die neue Maginotlinie gegen den Kommunismus zäh verteidigen, die jetzt ihr Ersatz für eine wirkliche Politik zu sein scheint. Kein Wunder, daß Churchill an der Außenpolitik der Regierung nichts auszusetzen fand und darin ein ‚bemerkenswertes Maß von Uebereinstimmung‘ mit seinen eigenen Ueberzeugungen entdeckte.“ Diese ganze Politik werde allerdings von einem großen Teil der Labourfraktion im Unterhaus als im Widerspruch zu ihren sozialistischen Grundfächten stehend empfunden. „Die Ereignisse der letzten 14 Monate haben diese Ueberzeugung nur gekräftigt, genau wie sie die konservative Begeisterung für die Entschlossenheit der Regierung verstärkt haben, ihren Sozialismus auf Angelegenheiten der inneren Politik zu beschränken.“¹⁾

Frankreichs Dilemma Die französischen *Kammerwahlen*, die den Kommunisten und den Reaktionären starke Erfolge, den Sozialisten ernste Verluste und auch der katholischen Republikanischen Volksbewegung einen gewissen Rückschlag gebracht

¹⁾ Die Unzufriedenheit eines Teiles der Labourfraktion mit der Außenpolitik der Regierung hat sich in den letzten Tagen bis zu einer kleinen Palastrevolte gesteigert, die trotz ihrer Harmlosigkeit dennoch den großen Zorn der „Churchillianer“ herausgefordert hat. Bevin wird, wenn er aus Amerika zurückkommt, dem Spuk schon ein Ende machen. (17. Nov.)

haben, scheinen die in der Geschichte Frankreichs, besonders im Siege der Gegenreformation und dann der jakobinischen Revolution, begründete Tendenz zu bestätigen, dem Volke nur die Wahl zwischen zwei autoritären Systemen zu lassen: demjenigen der klerikal-kapitalistischen Rechten und demjenigen der kommunistischen Linken. Die beiden großen Mittelparteien, die Sozialisten und das MRP., bekennen sich zwar zur Demokratie, entbehren aber allzufehr des entschlossenen Willens zum Sozialismus, der die große Stärke der Kommunisten ausmacht und den sachlichen Notwendigkeiten auch der französischen Lage am klarsten entspricht. Im besonderen die Sozialistische Partei, in der sich der linke Flügel offenbar nicht durchzusetzen vermochte, trotz seinem Scheinsieg am letzten Kongreß, verliert zusehends an Anziehungskraft für die Arbeiter, die Frauen, die Jugend und die Gebildeten; bezeichnend ist in dieser Hinsicht, daß das katholische MRP. in seiner Jugendorganisation 800 000 Mitglieder hat, die Kommunistische Partei 300 000, die Sozialistische Partei aber nur 30 000.

Die Gefahr wächst damit, daß entweder der Sozialismus auf undemokratische Weise kommt oder die Rechte — vielleicht unter Führung de Gaulles — den Versuch macht, der sozialen Revolution durch die Gegenrevolution zuvorzukommen. Sie könnte immer noch gebannt werden, wenn sich Sozialisten und Katholisch-Demokraten — etwa auf der von André Philip am sozialistischen Parteitag entwickelten Linie — mit den Kommunisten zur Durchsetzung eines Programms durchgreifender Strukturreformen zusammenschlößen und so dem bisher unfruchtbaren, weil durch innere Rivalitäten gelähmten Dreiparteiensystem eine neue Grundlage gäben. Aber die Ausichten dazu sind gering; der Antikommunismus der beiden Mittelparteien scheint unüberwindlich, obgleich oder gerade weil die Kommunisten heute *die* große Partei der französischen Arbeiterklasse sind (mit wachsendem Einfluß übrigens auch auf die Bauern), und obwohl sie in der Praxis, wenn sie nicht gewaltsam abgestoßen werden, kaum etwas anderes tun können als den Übergang zum Sozialismus auf dem Boden der Demokratie erstrebend²⁾). Die wirkliche Bedrohung der französischen Demokratie kommt heute jedenfalls nicht von den Kommunisten, sondern von der *Rechten*, die schon 1940 die Demokratie und Frankreich mit ihr verraten hat und sie morgen im Namen von Freiheit, Vaterland und Religion wieder verraten wird, wenn ihr nicht endlich eine handlungsfähige, unbedingt überlegene Linke entgegentritt, die alle gegenrevolutionären Experimente von vornherein zum Scheitern verurteilt.

²⁾ Auch der Pariser Korrespondent des „Volksrechts“ stellt fest: „Die französische Kommunistische Partei ist trotz allen Hinweisen auf Rußland und allen Hurrarufen auf Lenin eine Partei, die sich in ihrer gesamten Aktion auf demokratische Mittel beschränkt.“

Deutsche Revanche Auch in Deutschland haben Wahlen stattgefunden, die internationales Aufsehen erregt haben: die *Berliner Gemeindewahlen*. Sie haben — im Gegensatz zu den Gemeindewahlen, die früher in der russischen Zone vorgenommen wurden, aber in Uebereinstimmung mit den entsprechenden Wahlen in der britischen und französischen Zone — den Kommunisten („Sozialistische Einheitspartei“ genannt) eine eklatante Niederlage gebracht, erhielten sie doch nur 20 Prozent aller Stimmen, während die Sozialdemokraten 49 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, die freilich lange nicht alle von stimmungsmäßig linksstehenden Wählern und Wählerinnen herstammen, sondern großenteils einfach derjenigen Partei zugehalten wurden, die am ausgeprochensten antikommunistisch auftrat. Bei den gleichzeitig durchgeführten Landtags- und Bezirkswahlen in der russischen Zone schnitten die Kommunisten besser ab, vermochten aber auch nicht die Mehrheit zu gewinnen. Das Berliner Ergebnis wird wohl mit Recht auf die relative Freiheit der Wähler von russischem Druck zurückgeführt und sollte den Russen zur Warnung dienen; die wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die sie in der von ihnen beherrschten Zone durchgeführt haben, scheinen sich nicht in dem Maße in politische Sympathien umgesetzt zu haben, wie dies von außen her gesehen der Fall zu sein schien. Trotzdem hat aber die übrige Welt keinen Anlaß, sich über den russischen Rückschlag besonders zu freuen, bedeutet doch die Berliner Demonstration gegen die Sowjetunion nichts anderes, als daß sich die Deutschen *wieder langsam in die Weltpolitik einschalten* und im Kampfe zwischen West und Ost ihr Gewicht bewußt in die Waagschale werfen — zunächst einmal gegen Rußland. Und das eröffnet wahrlich keine guten Aussichten.

„Wer hätte gedacht“, so sagte ein konservativer Publizist in Berlin einem Redaktor der „Weltwoche“, „daß wir Deutschen siebzehn Monate nach der Kapitulation bereits wieder eine weltpolitische Rolle ersten Ranges spielen werden!“ Und der schweizerische Journalist bestätigt: „Die Deutschen beginnen tatsächlich aktiv in die Weltpolitik, das heißt in das Kräftespiel zwischen Osten und Westen, einzutreten.“ Hier heißt es scharf aufpassen, wenn dieses Spiel nicht wieder bös enden soll! Und Fr. W. Försters Warnruf in der „Neuen Zürcher Zeitung“, der mit seinem gewaltigen Pathos in aller Welt stärksten Eindruck gemacht hat, ist gerade zur rechten Zeit gekommen, um neue, verderblichste Illusionen über Deutschland zerstören zu helfen. Mögen auch gewisse Formulierungen, die Förster gebraucht, überspitzt sein — im Entscheidenden sieht er vollkommen klar, daß nämlich „die (nationalistischen) Verbrecher und ihre verblendeten Mitläufer in Deutschland nichts bereut und nichts aufgegeben haben, sondern Tag und Nacht an nichts anderes als an die Möglichkeit denken,

ihr Unternehmen mit anderen Mitteln und Bundesgenossen wieder aufzunehmen“.

Neue Deutschland-politik? „Das deutsche Volk ist verantwortlich“, ruft Förster aus, sich — in Uebereinstimmung mit der auch an dieser Stelle vertretenen Auffassung — gegen die „Emigrantenidee“ wendend, das friedfertige, demokratische deutsche Volk sei von einer Minderheit von Verbrechern ruchlos vergewaltigt worden. „Der Tag wird kommen“, wagt er vorauszufagen, „wo man gezwungen sein wird, ... es wie die Russen zu machen, die sich mit dem Unterschied zwischen Nazi und Antinazi gar nicht befassen, wohl aber mit gefürchteten Mitteln dafür sorgen, daß niemand, der mitarbeitet, seine Verantwortlichkeit und seinen Einfluß mißbraucht, um der ‚deutschen Sache‘ zu dienen. Dies ist der Weg, vom illusorischen zum wirklichen Deutschland zu kommen¹⁾ und auf daselbe mit denjenigen Methoden einzuwirken, die allein verstanden werden“.

Man wird von hier aus auch den Abbruch deutscher *Industriewerke* durch die Russen und die *Deportierung* deutscher Techniker und Arbeiter nach der Sowjetunion weniger scharf verurteilen, als das gemeinhin geschieht. Diese ganze Aktion, soweit sie über die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie hinausgeht, ist sicher verkehrt und wird nicht gut tun; aber gerechterweise darf man dennoch zweierlei nicht übersehen: einmal daß die Deutschen in Rußland ganz unvorstellbare Verwüstungen angerichtet haben, für die nun die Russen sich an deutschem Gut glauben einigermaßen schadlos halten zu dürfen, und sodann, daß die russische Aktion auf Beschlüssen beruht, für die auch die Westalliierten voll verantwortlich sind, und die in den westlichen Zonen Deutschlands in einem gewissen Grad ebenfalls durchgeführt worden sind. Die angelsächsische Entrüstung über die „russische Barbarei“ klingt deshalb wenig echt. Auf alle Fälle aber bleibt — im Sinne Försters — die Notwendigkeit bestehen, die industriellen Grundlagen einer deutschen Wiederaufrüstung und militärischen Wiedererhebung endgültig zu zerstören, bei gleichzeitiger Sicherung eines *friedlichen* Wiederaufstiegs des deutschen Volkes. Soweit die russische Aktion *diesem* Ziele dient, muß man ihr unbedingt zustimmen.

Damit ist allerdings die ganze Deutschlandpolitik der Alliierten zur

¹⁾ Eine kleine Nutzanwendung: Es wird jetzt viel Wesens gemacht von den Tagebüchern des auf Hitlers Geheiß ermordeten Diplomaten Ulrich von Hassell. Nun stellt aber ein Deutscher, der von Hassell kannte, in der „NZZ“ fest, daß dieser Diplomat mindestens noch zu Beginn der Hitlerherrschaft ein „Alldeutscher in Reinkultur“ war und zu den Kreisen gehörte, die Hitlers Aufstieg erst ermöglichten. War seine spätere Opposition gegen den Nazismus wirklich *grundätzlicher* Natur?

Diskussion gestellt. Wird hier endlich einmal die längst fällige große Wendung kommen? Die jüngsten programmatischen Erklärungen *Bevins* scheinen anzudeuten, daß sich die britische Regierung tatsächlich zu einer neuen Haltung gegenüber Deutschland entschlossen habe, mit dem *politischen* Ziel einer demokratisch-föderalistischen Ordnung Gesamtdeutschlands und dem *wirtschaftlichen* Ziel einer weitgehenden Sozialisierung der deutschen Industrie aller Zonen, die dann freilich jeden Sinn verlieren würden. Aber wenn dieser Plan wirklich, wie Michael Foot im "Daily Herald" schreibt, in den Menschen eine neue Hoffnung auf die Lösung des unheilvoll drohenden deutschen Problems entzünden soll, dann muß er auch rasch durchgeführt werden. Und davon merkt man eben vorderhand noch gar nichts. „Seitdem Bevin die neue Politik Großbritanniens in Deutschland verkündet hat, ist *nichts geschehen*“, wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus London berichtet; es bestehe sogar der Eindruck, „die Dinge würden in mancher Hinsicht nicht besser, sondern schlechter“. Der öffentlichen Meinung Großbritanniens bemächtigt sich denn auch ein wachsendes Unbehagen über das Verfagen der englischen Besetzungsbehörden (das allerdings kaum größer ist als dasjenige der übrigen drei alliierten Militärzentralen), und die Stimmen, die energisch auf Abstellung dieses „Skandals“ dringen, mehren sich in erfreulichem Maße.

Eine gründliche sozialistisch-föderalistische Neugestaltung Deutschlands, wie die Labourregierung sie ins Auge faßt, würde zwar wohl in Amerika auf scharfen Widerstand stoßen, wo man die europäischen Dinge in ganz anderer Perspektive sieht, besonders nach dem Wahlsieg des "Big Business", kaum aber in Frankreich, schon im Hinblick auf die Ruhrfrage, die auf kapitalistischem Boden nicht gelöst werden könnte, und erst recht nicht bei Rußland. Sie könnte sogar ein Hauptmittel sein, um die russische Furcht vor der Auspielung eines nationalistisch-kapitalistischen Deutschland gegen die Sowjetunion zu zerstreuen und eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Ost und West herbeizuführen; denn gegen eine geschlossene sozialistische Front Englands, Frankreichs und Rußlands könnte auch das kapitalistische Amerika nicht mehr viel ausrichten, das für seine weltpolitischen Absichten durchaus auf England angewiesen bleibt. Auf England ruht so eine schwere Verantwortung. Möge es sich auf der vollen Höhe seiner weltgeschichtlichen Aufgabe zeigen!

12. November 1946.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Rüstungswirrwarr In der Welt draußen ist die Abrüstung neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt — in der Schweiz hört man immer nur von *Aufrüstung* reden. Unsere Öffentlichkeit wird in der Tat andauernd mit neuen, sich zufehlens steigern-